

Beschlüsse des 84. Bayerischen Ärztinnen- und Ärztetages

Gesundheitspolitik

Für ein krisenfestes und nachhaltiges Gesundheitswesen

Die Gesundheitsversorgung in Bayern und Deutschland steht vor erheblichen Herausforderungen: Die demografische Entwicklung, der zunehmende Fachkräftemangel, die angespannte finanzielle Lage der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung sowie globale Bedrohungen machen tiefgreifende Reformen in allen Versorgungsbereichen unabdingbar. Der Erhalt eines freiheitlich geprägten und zugleich solidarischen Gesundheitswesens erfordert ein durchdachtes gesundheitspolitisches Konzept, das nicht nur Ausgaben sondern auch den Zugang zu den Versorgungsebenen gezielt steuert, Ressourcen effizient nutzt und zugleich die ärztliche Niederlassung sowie die ärztlichen Arbeitsbedingungen in Krankenhäusern attraktiver gestaltet, um die Patientenversorgung dauerhaft zu sichern.

Der 84. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag 2025 fordert, dass Bund und Länder vor allem Reformschritte umsetzen, welche die Versorgungsqualität für die Patientinnen und Patienten sichern sowie die dafür erforderlichen finanziellen Mittel gewährleisten.

Die nachfolgenden Maßnahmen müssen Bund, Länder, Kommunen und die Akteure aus dem Gesundheitswesen jetzt angehen, um ein gleichermaßen solides wie solidarisches Gesundheitswesen für die kommenden Generationen zu sichern.

1. Ärztlichen Nachwuchs fördern und Fachkräfte sichern

Die Zukunftsfähigkeit des Gesundheitssystems hängt entscheidend von einer stabilen und gut ausgebildeten Fachkräftebasis ab. Der 84. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert die Bundesregierung auf, die Reform der ärztlichen Approbationsordnung (ÄApprO) endlich umzusetzen. Ziel der Reform muss sein, die Allgemeinmedizin zu stärken, die praktischen Ausbildungsanteile deutlich auszubauen und den medizinisch-technischen Fortschritt angemessen in der Ausbildung abzubilden und zu vermitteln. Darüber hinaus ist die ärztliche Weiterbildung generell angemessen zu finanzieren und strukturell so zu gestalten, dass sie im ausreichenden

Umfang angeboten werden kann. Dazu gehören attraktive Arbeitsbedingungen, familienfreundliche Rahmenbedingungen sowie eine Vergütung, die den tatsächlichen Beitrag der Weiterzubildenden zur Versorgung abbildet.

2. Ambulante Versorgung stärken und Niederlassung fördern

Um die flächendeckende ambulante Versorgung auch künftig sicherzustellen, müssen eine gezielte Niederlassungsförderung, der Abbau überbordender Bürokratie, die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie eine angemessene Honorierung ärztlicher Leistungen konsequent vorangetrieben werden.

Nach der Entbudgetierung hausärztlicher Leistungen ist nun auch die Entbudgetierung fachärztlicher Leistungen dringend erforderlich. Darüber hinaus muss grundsätzlich eine Neubewertung vertragsärztlicher Leistungen im Einheitlichen Bewertungsmaßstab (EBM) erfolgen, damit dieser den medizinischen Fortschritt adäquat abbildet und ärztliche Leistungen entsprechend ihrem aktuell tatsächlichen Aufwand vergütet werden.

Nur wenn alle diese Maßnahmen gemeinsam umgesetzt werden, kann die ambulante Versorgung attraktiv bleiben, die wirtschaftliche Basis ärztlicher Praxen gesichert und der ärztliche Nachwuchs für die unmittelbare Patientenversorgung gewonnen werden.

3. Nachhaltige Krankenhausreform vorantreiben

Der 84. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag begrüßt, dass das Bundeskabinett mit der Verabschiedung des Krankenhausreformsanpassungsgesetzes (KHAG) die im Koalitionsvertrag vorgesehenen Ausnahmeregelungen und den flexiblen Gestaltungsspielraum der Länder nun umsetzt. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für eine bedarfsgerechte, qualitativ hochwertige und flächendeckende stationäre Versorgung.

Der 84. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert jedoch, dass im weiteren Reformprozess Bund und Länder sicherstellen, dass das bestehende DRG-System schrittweise abgelöst und durch ein bedarfsorientiertes Finanzierungssystem ersetzt wird, das die tatsächlichen Vorhaltekosten für Infrastruktur, Personal und Technik



berücksichtigt. Nur so können Fehlanreize durch Fallpauschalen, welche das aktuelle Konzept der Vorhaltefinanzierung verstärkt statt reduziert, beendet, die Daseinsvorsorge gestärkt und die Arbeitsbelastung des medizinischen Personals reduziert werden. Unabdingbar ist zudem die obligatorische Implementierung des Instruments zur Bestimmung einer ärztlichen aufgabengerechten Personalausstattung der Krankenhäuser, wie es die Bundesärztekammer mit ÄPS-BÄK bereits entwickelt hat.

4. Mehr Koordination in der Versorgung

Für ein funktionierendes Gesundheitssystem ist eine wirksame, intelligente, aber auch für alle verbindliche Patientensteuerung entscheidend. Der 84. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag unterstützt daher die im Koalitionsvertrag der Bundesregierung angekündigte Einführung eines Primärarztsystems, welches die hausärztliche Versorgung stärkt und in der Regel zur ersten Anlaufstelle für Patientinnen und Patienten macht.

Ziele sind eine effizientere Nutzung vorhandener Ressourcen, die Verkürzung von Wartezeiten und die bessere Koordination der Behandlungspfade. Dabei muss aber auch den individuellen medizinischen Gegebenheiten Rechnung getragen werden, um eine unnötig häufige hausärztliche Inanspruchnahme zu vermeiden. Nur im Zusammenspiel von hausärztlicher und fachärztlicher Versorgung kann das Primärarztsystem seine volle Wirkung entfalten und die Versorgung der Patientinnen und Patienten ressourcenschonend auch zukünftig sicherstellen.



5. Strengere Regulierung von investorengetragenen Medizinischen Versorgungszentren (iMVZ)

Investorengetragene Medizinische Versorgungszentren (iMVZ) dürfen nicht zur Gefährdung der freien und unabhängigen ärztlichen Berufsausübung führen. Der 84. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert daher eine deutliche Verschärfung der gesetzlichen Rahmenbedingungen.

Ziel ist es, monopolartige Strukturen zu verhindern, die ärztliche Entscheidungsfreiheit zu sichern und die Versorgung am tatsächlichen Patientenbedarf auszurichten. Transparenzpflichten, Beteiligungsobergrenzen und klare Zuord-

nung von Trägerschaften sind dafür zentrale Instrumente.

6. Gesetzliche Krankenversicherung strukturell entlasten

Die finanzielle Stabilität der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) ist gefährdet, wenn sie dauerhaft versicherungsfremde Leistungen finanzieren muss. Der 84. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert deshalb, diese Leistungen konsequent aus dem Leistungskatalog der GKV herauszunehmen und über den Bundeshaushalt zu finanzieren.

Nur durch eine klare Trennung zwischen gesamtgesellschaftlichen Aufgaben und originären Gesundheitsleistungen kann das System langfristig solide und generationengerecht gestaltet werden.

7. Das Gesundheitswesen krisenfest gestalten
Angesichts zunehmender globaler Bedrohungen – wie kriegsähnliche Auseinandersetzungen, grenzüberschreitender Gesundheitsgefahren und den Folgen des Klimawandels – muss das Gesundheitswesen krisenresilient ausgestaltet werden.

Erforderlich sind eine verlässliche Bevorratung von Arzneimitteln und Medizinprodukten, klar geregelte Zuständigkeiten, trainierte Abläufe und eine belastbare digitale Infrastruktur. Ebenso notwendig ist eine nachhaltige Sicherung der Fachkräfteverfügbarkeit sowie die Befähigung von Krankenhäusern, MVZ und Praxen, ihre bauliche Ausstattung klimaresilient anzupassen und Hitzeaktionspläne umzusetzen.

Bund und Länder sind aufgefordert, gemeinsam mit der Ärzteschaft eine umfassende Resilienz-Strategie mit klaren Zuständigkeiten, Fristen und Finanzierungspfaden zu entwickeln.



Blick auf das Podium der Arbeitstagung

Stärkung der Krisenresilienz des deutschen Gesundheitswesens

Der 84. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert Bund, Länder und Kommunen auf, umgehend die notwendigen Maßnahmen zur Erhöhung der Krisenresilienz des deutschen Gesundheitswesens zu ergreifen. Folgende Maßnahmen sind zum Ausbau eines resilienten Gesundheitswesens erforderlich:

» Zentrale Krisenkoordination optimieren

Zur Gewährleistung einer effektiven Abstimmung von Bund, Ländern und Kommunen im Krisenfall ist beim Nationalen Sicherheitsrat unter Berücksichtigung der verfassungsrechtlichen Kompetenzordnung ein gemeinsames Lagezentrum Gesundheit einzurichten. Zur Vermeidung von Parallelstrukturen soll auf bestehende Einrichtungen wie das Gemeinsame Melde- und Lagezentrum von Bund und Ländern aufgesetzt werden.

Dem Lagezentrum Gesundheit obliegt die Festlegung von Resilienzplänen für das Gesundheitswesen. Im Krisenfall sollte das zentrale Lagezentrum einerseits die Erfassung verfügbarer personeller und sachlicher Kapazitäten für die Gesundheitsversorgung verbessern und andererseits im Sinne einer strategischen Patientensteuerung die Verteilung von Verletzten nach Vorbild des in der Corona-Pandemie entwickelten Kleeblattsystems bewerkstelligen.

» Infrastrukturelle Reserven sichern

Der Ausbau krisenfester Infrastrukturen in Krankenhäusern, Praxen und Pflegeeinrichtungen muss gefördert werden. Der Zugang zu diesen

Einrichtungen und der durchgehende Betrieb kritischer Bereiche wie Operationssäle ist durch bauliche Planung zu sichern. Zudem müssen Kliniken ebenso wie Praxen auf den vorübergehenden Ausfall von Strom, Wasser, Kommunikation, und IT-Systemen vorbereitet werden.

Bei der geplanten Anpassung und bei der Umsetzung der Krankenhausreform sind die Erfordernisse eines resilienten Gesundheitssystems stärker zu berücksichtigen. Reservekapazitäten, Redundanzen kritischer Versorgungsstrukturen und die Vorhaltung spezieller Versorgungsbereiche sind von zentraler Bedeutung für die Aufrechterhaltung der medizinischen Versorgung im Krisenfall. Zwingend notwendig ist die Berücksichtigung der Krisenresilienz auch bei der anstehenden Reform der Akut- und Notfallversorgung, die im Krisenfall besondere Bedeutung erlangt. Sonderlagen, wie der Massenanfall von Verletzten (MANV), und der Massenanfall von Infizierten (MANI), müssen bei der Abbildung der Investitions- und Vorhaltekosten berücksichtigt werden.

» Klimaresilienz von Gesundheitseinrichtungen fördern

Krankenhäuser, Medizinische Versorgungszentren (MVZ), Arztpraxen und alle weiteren Leistungserbringer müssen in die Lage versetzt werden, ihre baulich-technische Ausstattung klimaresilient anzupassen und Hitzeaktionspläne umzusetzen.

Dies setzt erhebliche Investitionen voraus, die in den bisherigen Finanzierungsmechanismen nicht abgebildet sind. Deswegen ist ein sektorenübergreifender Bundesfonds „Klimagerech-

tes Gesundheitswesen" erforderlich. Die hierfür erforderlichen Finanzmittel sind durch den Bund zur Verfügung zu stellen.

» Digitalisierung stärken und Cybersicherheit ausbauen

Hybride Angriffe bedrohen zunehmend das deutsche Gesundheitswesen, weil viele Einrichtungen noch unzureichend geschützt sind. Um die Verfügbarkeit und Stabilität digitaler Anwendungen – von der Telematikinfrastruktur bis zu lokalen IT-Systemen – dauerhaft zu gewährleisten, müssen Produkt- und Nutzersicherheit Hand in Hand gehen. Betreiber von Gesundheitseinrichtungen haben dafür Sorge zu tragen, dass ihren Beschäftigten kontinuierlich ausreichende Kenntnisse zur IT-Sicherheit vermittelt werden.

» Arzneimittelversorgung krisenfest gestalten

Bestehende Versorgungsprobleme können sich in Krisenzeiten massiv verstärken. Um auch im Krisenfall eine flächendeckende Verfügbarkeit lebenswichtiger Arzneimittel und Medizinprodukte zu garantieren, sind strategische Reservebestände aufzubauen. Gleichzeitig muss die Abhängigkeit von wenigen Produktionsstandorten außerhalb Europas durch den gezielten Ausbau nationaler und europäischer Kapazitäten reduziert werden. Für kritische Arzneimittel und medizinische Produkte sollte eine Diversifikation von Liefer- und Produktionswegen verpflichtend werden.

» Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) stärken

Der ÖGD gehört zu den Eckpfeilern eines resilienten Gesundheitssystems. Damit der ÖGD seine Aufgaben adäquat ausfüllen kann, ist er nachhaltig zu stärken und langfristig mit ausreichenden finanziellen Mitteln auszustatten. Zudem ist der ÖGD zwingend und regelhaft in Übungen des Katastrophenschutzes einzubinden.

» Bevölkerung vorbereiten

Aufbau und Aufrechterhaltung eines resilienten Gesundheitssystems sind eine gesamtgesellschaftliche Anstrengung. Dazu ist auch die Gesundheits- und Krisenkompetenz in der Bevölkerung zu verbessern. Dies ist unter anderem durch Förderung der Prävention, Wissensvermittlung um das richtige Verhalten im Krisenfall, sowie regelmäßige Erste-Hilfe-Kurse sicherzustellen.

Den gesundheitlichen Folgen des Klimawandels aktiv begegnen – jetzt entschlossen die Klimaresilienz Bayerns stärken

Der Klimawandel gefährdet zunehmend die Gesundheit der Menschen in Bayern. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) stuft ihn als die bedeutendste Herausforderung für die öffentliche Gesundheit im 21. Jahrhundert ein. Gleichzeitig



drohen massive gesundheitliche, ökonomische, soziale und ökologische Folgekosten.

Vor diesem Hintergrund ruft der 84. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag (BÄT) alle Verantwortlichen aus Politik, Gesellschaft und Gesundheitswesen auf, Klimaschutz und Klimaanpassung jetzt mit konkreten Maßnahmen voranzutreiben. Gute Vorsätze und abstrakte Planungen reichen nicht aus – es bedarf entschlossenen Handelns auf allen Ebenen: Von der baulich-technischen Ausstattung medizinischer Einrichtungen über den Ausbau des UV- und Hitzeschutzes bis zur Stärkung der Gesundheitsbildung.

Daher fordert der 84. BÄT:

Verbindlichen Hitzeaktionsplan in Bayern erstellen

Die Bayerische Staatsregierung wird erneut aufgefordert, umgehend einen verbindlichen Hitzeaktionsplan zur Prävention hitzebedingter Erkrankungen und Todesfälle zu erstellen, der Basis für die Umsetzung auf kommunaler Ebene sein soll. Das Bündnis Hitzeschutz Bayern soll in die Vorbereitung und Umsetzung des Plans eingebunden werden.

UV- und Hitzeschutz bei der Arbeit im Freien verbessern

Der 84. BÄT appelliert an die Bayerische Staatsregierung, auf eine deutliche Stärkung des UV- und Hitzeschutzes bei der Arbeit im Freien hinzuwirken, etwa durch konzertierte mediale Kampagnen in der Öffentlichkeit und in den Betrieben. Dabei sollte die Bayerische Staatsregierung eng mit Repräsentantinnen und Repräsentanten der Ärzteschaft und der verschiedenen Berufsgenossenschaften zusammenarbeiten.

Verbot schulischer Sportveranstaltungen bei amtlichen Hitzewarnungen

Bei amtlichen Hitzewarnungen sollte das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus ein Verbot von schulischen Sportveranstaltungen im Freien erlassen. Die Verantwortung hierfür darf nicht den einzelnen Schulleitungen überlassen bleiben. Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus wird gebeten, sich für eine Verschiebung der Bundesjugendspiele auf das Frühjahr oder den Herbst einzusetzen.

Klimaresilienz von Gesundheitseinrichtungen fördern

Krankenhäuser, Medizinische Versorgungszentren (MVZ), Arztpraxen und alle weiteren Leistungserbringer müssen in die Lage versetzt werden, ihre baulich-technische Ausstattung klimaresilient anzupassen und Hitzeaktionspläne umzusetzen. Notwendige Anpassungen umfassen etwa eine optimierte Gebäudehülle mit verbessertem Wärmeschutz und begrünten Fassaden,



Delegierte – Anträge stellen und verfolgen.

leistungsfähige Lüftungs- und Kühlsysteme, eine mehrfach abgesicherte Energie- und Wasserversorgung, sowie digitale Frühwarn- und Steuerungsinstrumente. (vgl. Handlungsleitfaden des Kompetenzzentrums für klimaresiliente Medizin und Gesundheitseinrichtungen: <https://klimeg.de/>)

Dies setzt erhebliche Investitionen voraus, die in den bisherigen Finanzierungsmechanismen nicht abgebildet sind. Deswegen ist ein sektorübergreifender Bundesfonds „Klimagerechtes Gesundheitswesen“ erforderlich. Die hierfür erforderlichen Finanzmittel sind durch den Bund zur Verfügung zu stellen.

Nachhaltige Konzepte und Maßnahmen zur Verbesserung der Gesundheitsbildung in die schulischen Lehrpläne integrieren

Die Entwicklung nachhaltiger Konzepte und Maßnahmen zur Verbesserung der Gesundheitsbildung an bayerischen Schulen sollte vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus stärker priorisiert werden. Konkrete Lerninhalte zu Themen wie Ernährung, Bewegung, Sexualität, psychische Gesundheit, Verhalten im Notfall, aber auch zur angemessenen Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen, sowie zum Hitzeschutz und den gesundheitlichen Folgen des Klimawandels sollten stärker in die schulischen Lehrpläne integriert werden – von der ersten Jahrgangsstufe bis zum Schulabschluss.

Dafür müssen die erforderlichen Zeitfenster bereitgestellt und die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen werden. An der konkreten Umsetzung in den Schulen sollte die bayerische Ärzteschaft von Anfang an beteiligt werden.

Tempolimit auf Bundes-, Land- und Ortsstraßen konsequent umsetzen

Um die Belastung von Gesundheit und Klima durch den Verkehrssektor zu mindern, fordert der 84. BÄT die politischen Entscheidungsträger auf, konsequent ein Tempolimit auf Bundes-, Land- und Ortsstraßen umzusetzen.

Die Energiewende als zentrale gesundheitspolitische Maßnahme entschlossen vorantreiben

Um die planetare Gesundheit zu schützen, fordert der 84. BÄT die Bayerische Staatsregierung auf, sich auf EU-, Bundes-, und Länderebene verstärkt für die Reduktion von Subventionen für fossile Energieträger einzusetzen. Gleichzeitig muss die Energiewende als zentrale gesundheitspolitische Maßnahme entschlossen vorangetrieben werden.

Der 84. BÄT stellt fest, dass jeder Tag, an dem fossile Energien verbrannt werden, das gesundheitliche Risiko für die Menschen erhöht. Zudem verschärfen die damit verbundenen CO₂-Emissionen kontinuierlich die Klimakrise mit den entsprechenden Auswirkungen auf die Gesundheit.

Gesundheitssicherheit stärken – Resilienz ausbauen, ärztliche Expertise sichern

Der 84. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag bekräftigt den Auftrag an den Vorstand der Bayerischen Landesärztekammer (BLÄK), den eingeschlagenen Weg zur Stärkung der Resilienz des Gesundheitswesens fortzusetzen und auszubauen. Die ärztliche Expertise muss – stationär wie ambulant – verbindlich Gehör finden.

Der Vorstand der BLÄK wird beauftragt, sich dafür einzusetzen, dass:



Dr. Karl Amann, Vorsitzender des gastgebenden Ärztlichen Bezirksverbandes Unterfranken.

1. Krisenresilienz als Querschnittsthema in allen gesundheitspolitischen Reformen berücksichtigt wird,
2. Krankenhäuser und ambulante Strukturen (Haus- und Facharztpraxen, Notdienste, Pflegeheime) systematisch in Krisenvorsorgepläne integriert werden,
3. für Bayern klare Vorgaben und Handlungshilfen zu Triage, Dokumentation, Arzneimittelversorgung, Notfalllogistik und Personalunterstützung entwickelt werden,
4. Ärztinnen und Ärzte in Bayern durch die BLÄK Fortbildungen und praxisnahe Orientierung für den Umgang mit Krisenszenarien erhalten,
5. die BLÄK als ständiges Mitglied im Expertenrat Gesundheitssicherheit verankert wird.

Leider immer noch oder wieder bestehende Medikamentenengpässe

Der 84. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert die Bayerische Staatsregierung auf, sich gemeinsam mit der Bundesregierung mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass bestehende und drohende Liefer- und Versorgungsengpässe bei Arzneimitteln wirksam bekämpft werden.

3° wärmer – na und?

Der 84. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag verurteilt den aktuell zu beobachtenden klimapolitischen „Rollback“ auf das Schärfste und fordert die Politik auf, alles zu tun, die weitere Erwärmung der Erde zu verhindern.

Jegliche Versuche, das Verbrennen fossiler Energieträger weiter zu propagieren, sind zu unterlassen, fossile Subventionen zu beenden und durch geeignete Maßnahmen nachhaltiger Mobilitäts- und Energiepolitik zu ersetzen.

Klimawandel

Der 84. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert die Bayerische Staatsregierung dazu auf, aktuelles Gesundheits- und Klimawissen in die Lehrpläne der Schulen aufzunehmen und zu vermitteln.

Ärztliche Kernkompetenzen rechtlich definieren – Verantwortung sichern

Die Bayerische Landesärztekammer wird aufgefordert, sich gemeinsam mit der Bundesärztekammer (BÄK) und den anderen Landesärztekammern für eine verbindliche Definition und politische Absicherung ärztlicher Kernkompetenzen einzusetzen – vorzugsweise in Form einer modernen Rechtsnorm, die den bestehenden Arztvorbehalt konkretisiert und zeitgemäß weiterentwickelt.

Ziel ist es, auf Bundes- und Länderebene eine gemeinsame, rechtlich fundierte und politisch abgestimmte Position zu erarbeiten, die

- » die ärztlichen Kernkompetenzen eindeutig beschreibt,
- » die Grenzen verantwortungsvoller Delegation definiert,
- » und als Grundlage für Gespräche mit dem Gesetzgeber sowie anderen Akteuren des Gesundheitswesens dient.

Nachbesserung des Gesetzentwurfes zur Änderung des Medizinal-Cannabisgesetzes

Der 84. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag begrüßt grundsätzlich den Gesetzentwurf der Bundesregierung (Kabinettsentwurf vom September 2025) zur Änderung des Medizinal-Cannabisgesetzes, mit dem die Patientensicherheit gestärkt und Fehlentwicklungen in der Verschreibungspraxis korrigiert werden sollen.

Er fordert das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention auf, sich im weiteren Gesetzgebungsverfahren – insbesondere in den Beratungen des Bundesrates – dafür einzusetzen, dass:

1. jede Verordnung von Medizinalcannabis, einschließlich Folgeverschreibungen, ausschließlich nach einem persönlichen Arzt-Patienten-Kontakt erfolgen darf (Praxis oder Hausbesuch). Fernbehandlungen, Videosprechstunden oder Online-Fragebögen sind für die Verordnung von Medizinalcannabis auszuschließen.
2. das Verbot des Versandhandels konsequent auf alle Cannabisarzneimittel mit relevanter psychoaktiver Wirkung ausgedehnt wird, nicht nur auf Cannabisblüten. Die Abgabe hat grundsätzlich in Präsenzapotheken mit persönlicher Beratung zu erfolgen.

Ausdrückliches Beschlagnahmeverbot von Inhalten der elektronischen Patientenakte (ePA)

Der 84. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert die Bundesregierung auf, in der Strafprozessordnung (StPO) ausdrücklich klarzustellen, dass die Inhalte der elektronischen Patientenakte (ePA) dem strafprozessualen Beschlagnahmeverbot unterliegen und somit einem Zugriff der Strafverfolgungsbehörden entzogen sind.

Alternativ soll – solange eine gesetzliche Änderung nicht erfolgt – die ausdrückliche Erwähnung der ePA in der Gesetzesbegründung zur Umsetzung der E-Evidence-Verordnung – wie ursprünglich vorgesehen – aufgenommen werden, um Rechtssicherheit zu schaffen.

Evaluation der spezialisierten Ethikkommission

Der 84. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag spricht sich dafür aus, die Einführung der spezialisierten Ethikkommission für besondere Verfahren nach § 41c Arzneimittelgesetz (AMG) kritisch durch eine unabhängige Kommission zu evaluieren. Es ist sicherzustellen, dass personelle Kapazitäten wie auch fachliche Expertise dem tatsächlichen Bedarf entsprechen, und dass eine unabhängige, wissenschaftsgeleitete Begutachtung gewährleistet ist.

Kenntnisse zur Medizinethik im Medizinstudium und in ärztlicher Weiterbildung stärken

Der 84. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert die Medizinischen Hochschulen und Fachgesellschaften auf, medizinethische Themen verpflichtend in die Aus- und Weiterbildung aufzunehmen. Eine kritische Reflexion des eigenen Fachgebiets zu geschichtlichen und aktuellen ethischen Themen (insbesondere be-

züglich der Zeiten des Nationalsozialismus) ist notwendig, um die Handlungskompetenz und die ärztliche Verantwortung für die Menschenrechte in der Medizin zu stärken.

E-Zigaretten

Der 84. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert ein Verbot von Einweg-E-Zigaretten sowie von Aromen und Aromastoffen in E-Zigaretten.

Gesundheitspolitik – Arbeit

Zukunftsfähige Führungskultur im Gesundheitswesen

Der 84. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert einen Kulturwandel hinsichtlich der Führungsstrukturen im Gesundheitswesen. Die aktuelle Situation ist geprägt von vielfältigen Abhängigkeiten, angefangen von befristeten Arbeitsverträgen bis hin zur derzeitigen Gestaltung der ärztlichen Weiterbildung.

Statt steiler Hierarchien könnte zum Beispiel ein Kollegialsystem nach angelsächsischem Vorbild einen Lösungsansatz bieten, da darin Abhängigkeitsverhältnisse weniger stark ausgeprägt sind.

Die häufig beklagte Intransparenz gerade bei Personalentscheidungen ist ebenfalls nicht mehr zeitgemäß und wäre zu ändern.

Ein zukunftsfestes Gesundheitssystem ist auf engagierte Ärztinnen und Ärzte angewiesen, denen Transparenz, Gerechtigkeit und Diversifizierung wichtige Anliegen sind.

Es stünde der Ärzteschaft gut zu Gesicht, diesen Reformprozess von innen heraus zu gestalten.

Wahrung der Zehn-Stunden-Grenze im Arbeitszeitgesetz

Der 84. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert den Gesetzgeber auf, bei einer Novellierung des Arbeitszeitgesetzes arbeitsmedizinische Erkenntnisse zu berücksichtigen und eine Ausweitung der regulären täglichen Höchstarbeitszeit über zehn Stunden hinaus abzulehnen.

Sind Arbeitszeitgrenzen im Gesundheitswesen weniger wichtig als in der Automobilproduktion?

Der 84. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert den Bundesgesetzgeber dazu auf, die Ungleichbehandlung zwischen Beschäftigten in Krankenhäusern und anderen medizinisch-pflegerischen Einrichtungen und den anderen im Arbeitszeitgesetz genannten Branchen hinsichtlich der Ruhezeiten und Höchstarbeitszeiten zu beenden.

Mobiles Arbeiten nicht nur technisch, sondern auch arbeitsrechtlich ermöglichen

Der 84. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst und gleichermaßen das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat auf, mobiles Arbeiten den Ärztinnen und Ärzten an den Universitätskliniken nicht nur technisch, sondern auch arbeitsrechtlich zu ermöglichen.

40-Stunden-Woche an Universitätskliniken auch personell umsetzen

Der 84. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert die bayerische Staatsregierung und ihre mit der Umsetzung der mit der Tarifgemeinschaft der Länder vereinbarten 40-Stunden-Woche ab 2026 betrauten Staatsministerien auf, für die Umsetzung im ärztlichen Bereich an den Universitätskliniken ausreichend Finanzmittel und Personal zur Verfügung zu stellen. Die Sicherstellung der immer komplexer werdenden Patientenversorgung muss gewährleistet und die akademischen Aufgaben in Forschung und Lehre im bisherigen Maße aufrecht erhalten werden.

Notfallversorgung

Unterstützung und Förderung App-gestützter Ersthelfer-Alarmierungssysteme in Bayern

Die Bayerische Landesärztekammer (BLÄK) setzt sich für die flächendeckende Einführung und Förderung App-gestützter Ersthelfer-Alarmierungssysteme in Bayern ein. Ziel ist die Verbesserung der präklinischen Notfallversorgung durch schnellere Erstmaßnahmen bei Herz-Kreislauf-Stillständen und anderen vital bedrohlichen Notfällen.

Notfallreform

Der 84. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert den Bundesgesetzgeber auf, möglichst rasch ein Gesetz zur Reform der Notfallversorgung zu erlassen, das insbesondere die Aufgaben des Integrierten Notfallzentrums (INZ) klärt und die Einrichtung des „gemeinsamen Tresens“ regelt.

Ersteinschätzung in der Notfallversorgung

Der 84. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag empfiehlt den Einsatz einer strukturierten Ersteinschätzung, die durch alle an der Notfallversorgung Beteiligten genutzt werden sollte und fordert den Bundesgesetzgeber auf, die entsprechenden Grundlagen umgehend zu schaffen.

Weiterbildung

Sicherstellung der Qualität ärztlicher Aus- und Weiterbildung

Der 84. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag stellt fest: Um das nachhaltige und sichere Erlernen praktischer Fähigkeiten in den ärztlichen Kernkompetenzen sicherzustellen, sind vorrangig Ärztinnen und Ärzte in Weiterbildung aller Fachrichtungen in solche Tätigkeiten einzubinden. Dies gilt insbesondere auch dann, wenn an der Weiterbildungsstätte nichtärztliches Personal – etwa Physician Assistants – ebenfalls zur Ausführung entsprechender Aufgaben befähigt und berechtigt ist. Die Übertragung ärztlicher Tätigkeiten auf nichtärztliches Personal darf nicht zu Lasten der ärztlichen Weiterbildungsqualität gehen.

Förderung der fachärztlichen Weiterbildung

Der 84. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert den Bundesgesetzgeber auf, der im Sozialgesetzbuch V (SGB V) verankerten Begrenzung fachärztlicher Weiterbildungsstellen, aufzuheben



und die Finanzierung entsprechend des kürzlich beschlossenen Konzepts der Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) zu übernehmen.

„Train-the-Trainer“-Seminare – ein Baustein einer hochwertigen ärztlichen Weiterbildung

Der 84. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag bittet die Bayerische Landesärztekammer, das Format der „Train-the-Trainer“-Seminare [1] fortzuentwickeln und in geeigneter Form zur Voraussetzung der Erteilung und Verlängerung einer Weiterbildungsbefugnis zu machen.

[1] <https://www.blaek.de/fortbildung/seminare-veranstaltungen-der-blaek/train-the-trainer>

Diese Seminare sollen grundlegende didaktische, pädagogische und kommunikative Kompetenzen vermitteln und insbesondere folgende Themen abdecken: strukturierte Vermittlung ärztlicher Kompetenzen, professionelles Feedbackgeben, Methoden der Qualitätssicherung in der Weiterbildung sowie grundlegende didaktische Fertigkeiten. Die Teilnahme am Kurs sollte auch an mit der Weiterbildung aktiv und schwerpunktmäßig befasste nachgeordnete Ärztinnen und Ärzte mit entsprechender Verantwortung delegiert werden können.

Verlängerung der Frist der Mitteilung des Prüfungstermins

Der 84. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert die Bayerische Landesärztekammer (BLÄK) dazu auf, die schriftliche Mitteilung des Termins zur Facharztprüfung vier Wochen vor dem Prüfungstermin schriftlich bekanntzugeben.

Freistellung für Prüfungen bei der Bayerischen Landesärztekammer

Der 84. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert die Weiterbilder und Weiterbildungsstätten auf, die Weiterzubildenden für Prüfungen bei der Bayerischen Landesärztekammer zum Erwerb einer Facharzt-, Zusatz- oder Schwerpunktbezeichnung für den Prüfungstag von der Arbeit unter Anrechnung der Sollarbeitszeit freizustellen.

Sicherung von Weiterbildungsstellen in der stationären Akutversorgung Innere Medizin zur Weiterbildung Allgemeinmedizin

Der 84. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert die Bayerische Staatsregierung sowie die Bayerische Krankenhausgesellschaft (BKG) dazu auf, sich vehement dafür einzusetzen, auch Stellen für die Weiterbildung Allgemeinmedizin in der stationären Akutversorgung in der Inneren Medizin zur Verfügung zu stellen.

Förderung der Weiterbildung in der Kinder- und Jugendmedizin fortsetzen und der Allgemeinmedizin angleichen

Der 84. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert den Bundesgesetzgeber auf,

- » dass die Förderung der ambulanten Weiterbildung in der Kinder- und Jugendmedizin nach § 75a (Sozialgesetzbuch V) SGB V nicht zurückgefahren wird,
- » dass die Zahl und Finanzierung der Weiterbildungsstellen in der Kinder- und Jugendmedizin mindestens auf dem bisherigen Niveau gesichert und perspektivisch – wie im Koalitionsvertrag von Union und SPD vereinbart – weiter ausgebaut wird,
- » dass die Förderung der ambulanten Weiterbildung in der Kinder- und Jugendmedizin derjenigen in der Allgemeinmedizin angeglichen wird, um die Nachwuchssicherung in der fachärztlichen Grundversorgung zu gewährleisten.

Gleichstellung der pädiatrischen Weiterbildung und Förderung der ambulanten Versorgung

Der 84. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert die Bayerische Staatsregierung auf,

- » die Förderung der Weiterbildung in der Pädiatrie der in der Allgemeinmedizin kurzfristig auf Landesebene gleichzustellen und eine eigenständige Förderlinie einzurichten,
- » auf Deckelungen sowie zeitliche Antragsfenster zu verzichten,
- » sich zugleich auf Bundesebene (Bundestag/Bundesrat) dafür einzusetzen, dass die Kinder- und Jugendmedizin in die Regelungen des § 75a Sozialgesetzbuch V (SGB V) (Förderung der Weiterbildung in der hausärztlichen Versorgung) aufgenommen wird.

Medizinisches Assistenzpersonal

Stärkung und Weiterentwicklung des Berufsbildes der Medizinischen Fachangestellten (MFA)

Der 84. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag bittet die Bundesärztekammer (BÄK) sich für eine bundesweite Stärkung und Weiterentwicklung des Berufsbildes der Medizinischen Fachangestellten (MFA) einzusetzen. Ziel ist es, praxisnahe sowie zertifizierte Fort- und Weiterbildungsangebote auszubauen, um engagierte MFA attraktive berufliche Perspektiven auch ohne akademische Ausbildung zu eröffnen und diese somit gezielt für ärztlich delegierbare, spezialisierte Aufgabenbereiche zu qualifizieren. Dies insbesondere auch für den fachärztlichen Bereich (Nichtärztliche Praxisassistentin, NÄPa).

Fortbildungsangebot für medizinisches Assistenzpersonal in Kliniken und Praxen

Die Bayerische Landesärztekammer (BLÄK) wird aufgefordert, ein Fortbildungsangebot für medizinisches Assistenzpersonal in Kliniken und Praxen zu schaffen, um die digitale Handlungskompetenz des Personals gezielt zu stärken und die ärztliche Arbeit in der digitalen Transformation der Versorgungslandschaft wirksam zu unterstützen.

Physician Assistant (PA)

Klärung und Positionsbildung zum Berufsbild Physician Assistant (PA)

Der 84. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag bittet die Bundesärztekammer (BÄK),

- » einen verbindlichen bundesweiten Rahmen für die ärztliche Delegation an PAs zu entwickeln, der delegierbare Tätigkeiten klar definiert, die ärztliche Gesamtverantwortung sichert und eine eigenständige Ausübung der Heilkunde durch PAs ausschließt,
- » die berufs- und haftungsrechtlichen Rahmenbedingungen für PAs im Delegationsverhältnis zu Ärztinnen und Ärzten rechtlich prüfen zu lassen und konkrete Empfehlungen zur Absicherung der ärztlichen Verantwortung sowie zur Ausgestaltung von Aufsicht und Mitverantwortung zu erarbeiten,



- » sich öffentlich, differenziert und deutlich zur Rolle und zu den Grenzen des Berufsbilds PA zu positionieren und ärztliche Standpunkte gegenüber Politik, Medien, Ausbildungsträgern und Patientinnen und Patienten transparent zu kommunizieren.

Arztvorbehalt in der Anästhesie

Der 84. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert die Bundesärztekammer zur Überarbeitung ihrer Publikation „Physician Assistance (PA) – ein etabliertes Berufsbild im deutschen Gesundheitswesen“ [1] auf. Dabei ist (unter anderem) im Bereich der Anästhesie zu berücksichtigen, dass einige dort aufgeführte Maßnahmen nicht sinnvoll delegierbar und erst recht nicht substituierbar sind, weil sie zu den rein ärztlichen Kernaufgaben zählen.

[1] Physician Assistance – ein etabliertes Berufsbild im deutschen Gesundheitswesen. April 2025

https://www.bundesaerztekammer.de/fileadmin/user_upload/BAEK/

Gesundheitsfachberufe/Physician_Assistance_Papier_.2025_.pdf (aufgerufen am 25.09.2025)

Qualitätssicherung von Ausbildung und Prüfungen für Physician Assistants (PAs)

Der 84. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag bittet die Bundesärztekammer (BÄK), sich aktiv

an der inhaltlichen Begleitung, Qualitätssicherung und Reakkreditierung von Studiengängen für Physician Assistants (PAs) zu beteiligen. Sie soll gegenüber Hochschulen und zuständigen Behörden darauf hinwirken, dass

- » die Studiengänge bundesweit standardisiert, patientenorientiert und ärztlich mitverantwortet ausgerichtet werden,
- und
- » die Abschlussprüfungen, insbesondere in klinisch-praktischen Formaten, einheitlich geregelt und unter ärztlicher Beteiligung durchgeführt werden.

Kinder- und Jugendgesundheit

Verbindliche Umsetzung des Pakts Kindergesundheit

Der 84. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert die Bayerische Staatsregierung auf, den Pakt Kindergesundheit verbindlich umzusetzen, Pilotregionen zu benennen und jährlich im Bayerischen Landtag zu berichten.

Kindgerechte stationäre Versorgung verbindlich sichern

Der 84. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert die Bayerische Staatsregierung auf, sich für die Wiedereinführung der Leistungsgruppen

LG 16 (Kinder- und Jugendchirurgie) und LG 47 (Spezielle Kinder- und Jugendmedizin) einzusetzen und darüber hinaus die kindgerechte stationäre Versorgung im Sinne der UN-EACH-Charta verbindlich zu sichern.

Stärkung des Kinder- und Jugendmedizinschutzes und Förderung einer „Digitalen Balance“

Der 84. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert die Bayerische Staatsregierung auf,

- » wirksame und praxistaugliche Altersverifikationssysteme (AVS) verpflichtend einzuführen, die einerseits den Schutz von Kindern und Jugendlichen gewährleisten, andererseits den Datenschutz und die Anonymität Erwachsener respektieren (zum Beispiel EU-Digital Identity Wallet, Zertifikatslösungen),
- » Programme zur Förderung von Medienkompetenz in Schulen und Familien zu etablieren,
- » die Präventionslinie „Digitale Balance“ in Curricula, Elterntrainings und regionale Präventionsketten aufzunehmen,
- » die GesundheitsregionenPLUS in die Umsetzung einzubinden.

Förderung selbstbestimmten Spiels als Ausgleich zu exzessiver Bildschirmnutzung

Der 84. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert die Bayerische Staatsregierung auf, Programme zur Förderung selbstbestimmten Spiels umzusetzen. Dazu gehören:

- » Entsiegelung und Begrünung von Pausenhöfen,
- » Öffnung von Sport- und Spielflächen,
- » Förderung niedrigschwelliger Freizeitangebote.

Werbeverbot für Glücksspiele vor 21 Uhr und Einschränkung von Wettplattformen

Der 84. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert die Bayerische Staatsregierung auf, sich für ein Werbeverbot für jegliche Glücksspiele vor 21 Uhr einzusetzen, um der zunehmenden Glücksspielsucht von Kindern und Jugendlichen entgegenzuwirken. Dazu gehört auch eine entsprechende Einschränkung von Wettplattformen.

Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Alkoholkonsum, Alkoholwerbung und alkoholbezogener Einflussnahme

Abschaffung des „Begleiteten Trinkens“ ab 14 Jahren

Änderung des Jugendschutzgesetzes (JuSchG) zur Abschaffung der bestehenden Ausnahmeregelung für den Erwerb und Konsum von Alkohol im Alter von 14 und 15 Jahren („Begleitetes Trinken“) in Gegenwart einer personensorgeberechtigten



Die Delegierten fassten während des 84. Bayerischen Ärztinnen und Ärztetags über 77 Beschlüsse

Person in Gaststätten, Verkaufsstellen oder sonst in der Öffentlichkeit gemäß § 9 Absatz 2 JuSchG.

Der 84. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag begrüßt in diesem Zusammenhang die Entschließung des Bundesrates vom 26.09.25 (Drucksache 325/25) und fordert Bundesregierung und Bundesrat auf, sich dieser Initiative anzuschließen.

Strategie zur Verhältnisprävention jugendlichen Alkoholkonsums

Neben rechtlichen Änderungen im Jugendschutzgesetz soll die Bundesregierung gemeinsam mit einschlägigen Fachgesellschaften eine umfassende Strategie zur Verhältnisprävention jugendlichen Alkoholkonsums entsprechend der Entschließung des Bundesrates vom 26.09.25 (Drucksache 325/25) erarbeiten.

Werberestriktion für Alkohol und ungesunde Lebensmittel vor 21 Uhr

Es soll eine gesetzliche Regelung geschaffen werden, die Kinder und Jugendliche wirksam vor Werbung für Alkohol sowie ungesunde Lebensmittel im Fernsehen und auf Online-Plattformen vor 21 Uhr schützt.

Verbot von Alkoholverkauf, -ausschank und -konsum bei Sportveranstaltungen, an denen Jugendliche beteiligt sind

Bei allen Sportveranstaltungen mit aktiver Beteiligung von Kindern und Jugendlichen soll der Verkauf, Ausschank sowie der Konsum von Alkohol untersagt werden, um den Gesundheits- und Jugendschutz zu stärken.

Zuckerreduktion in Einrichtungen durch verbindliche Standards

Der 84. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert die Bayerische Staatsregierung auf, ein bayernweites Zertifikatssystem zur Zuckerreduktion in Kitas, Schulen, Kliniken, Behördenkantinen und kommunalen Einrichtungen einzuführen. Das Zertifikat soll auf bestehenden Standards (zum Beispiel DGE, IN FORM, EU-Schulprogramm) aufbauen und verbindliche Höchstwerte für den Gesamtzuckergehalt pro 100 g/ml und pro Portion vorsehen. Dabei sind realistische Portionsgrößen zugrunde zu legen, um Umgehungen durch künstlich kleine Portionsangaben zu verhindern. Das Zertifikat ist in die öffentliche Beschaffung, Fördermittelvergabe sowie Pacht- und Konzessionsverträge zu integrieren.

GKV

Zulassung von MVZs

Der 84. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert die Zulassungsausschüsse dazu auf, bei Auswahlverfahren darauf zu achten, dass die den Kliniken angeschlossenen MVZs sowie die investorenbetriebenen und profitorientierten MVZs bei ihrer Bewerbung beabsichtigen, den jeweiligen Versorgungsauftrag vollständig zu erfüllen.

Gemeinwohlaspekte der Gesundheitsversorgung stärken – sinnstiftende Arbeitssituation schafft Vertrauen und zieht Fachkräfte an

Der 84. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag wiederholt seinen letztjährigen Appell an Staatsre-

gierung, Kommunen, Kassenärztliche Vereinigung Bayerns (KVB) und Bayerische Landesärztekammer, Gründung und Betrieb gemeinwohlorientierter medizinischer Gesundheitseinrichtungen aktiv zu fördern und zu unterstützen.

Krankenkassen von Fremdleistungen befreien

Der 84. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert die zuständigen Ministerien auf Bundes- und Landesebene auf, die Krankenkassen von Fremdleistungen zu entlasten.

Bürokratieabbau in Klinik und Praxis

Der 84. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert die Bayerische Staatsregierung sowie die neue Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass die Zahl und der Umfang der von Krankenkassen an Arztpraxen und Krankenhäuser gerichteten Anfragen deutlich reduziert werden.

Anfragen, die keinen unmittelbaren medizinischen oder abrechnungsrelevanten Zweck erfüllen, sind zu vermeiden. Ziel muss eine spürbare Entlastung der Ärztinnen und Ärzte sowie des nichtärztlichen Personals von überbordender Bürokratie sein.

Bürokratieabbau – Entlastungspaket für Haus- und Facharztpraxen in Bayern

Der 84. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag beauftragt den Vorstand der Bayerischen Landesärztekammer (BLÄK), sich gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB) und der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) dafür einzusetzen, dass die am 23. Juli 2025 vorgelegten Entbürokratisierungsvorschläge der KBV in Bayern priorisiert umgesetzt werden.

Schwerpunkte sind:

- » Abbau unnötiger Bescheinigungen (zum Beispiel Arbeitsunfähigkeits- und Kinderkrankenbescheinigung bei kurzer Krankheitsdauer),
- » Reduzierung und Standardisierung von Anfragen der Krankenkassen, des Medizinischen Dienstes (MD) und des Versorgungsamts, einschließlich Einführung von Geringfügigkeitsgrenzen und Ausbau PVS-gestützter Verfahren,
- » „Beratung vor Regress“ auch bei Einzelfallprüfungen,
- » Entlastung bei Impfstoffregressen.

Tätigkeit der Körperschaft

Durchführung einer digitalen Kammerwahl 2027

Die kommende Wahl der Delegierten zur Bayerischen Landesärztekammer im Jahr 2027 soll in rein digitaler Form durchgeführt werden. Der 84. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag beauftragt die Bayerische Landesärztekammer (BLÄK),



die notwendigen Schritte zur Durchführung der Wahl 2027, insbesondere die Anpassung der Wahlordnung der BLÄK, einzuleiten.

Nachhaltigkeit und Glaubwürdigkeit: Anlagestrategie der Bayerischen Versorgungskammer

Der 84. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag begrüßt, dass die Bayerische Versorgungskammer als einer der ersten Altersversorger in Deutschland die Prinzipien für verantwortliches Investieren (UN PRI) unterzeichnet und sich damit verpflichtet hat, ESG-Themen (ESG = Environmental, Social und Corporate Governance) in die Analyse- und Entscheidungsprozesse im Investmentbereich einzubeziehen.

Darüber hinaus ist die Bayerische Versorgungskammer im Mai 2021 der Net-Zero Asset Owner Alliance („NZAOA“) beigetreten, einem institutionellen Zusammenschluss aus den weltweit größten Kapitalanlegern. Ziel dieser Allianz ist es, Investmentportfolios nachhaltiger zu gestalten, sodass diese in einem Einklang mit einem 1,5-Grad-Erderwärmungspfad stehen und dabei ab 2050 klimaneutral aufgestellt sind.

Dennoch befanden sich ausweislich des veröffentlichten Abstimmungsverhaltens 2024, zum Beispiel Anteile der TotalEnergiesSE im Portfolio der Bayerischen Versorgungskammer. TotalEnergies ist eines der am stärksten expandierenden Öl- und Gasunternehmen weltweit.

Der 84. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert die Bayerische Versorgungskammer daher auf, ihr Portfolio zu überprüfen, mit der Zielsetzung bis Ende 2026 Anteile von Unternehmen zu entfernen, deren Geschäftsmodell den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen durch Überschreiten des 1,5-Grad-Ziels der „21st Conference of the Parties“ (COP 21CO, „IN-Paris Agreement“) gefährdet.

<https://www.bayerische-aerzteversorgung.de/ueber-uns#6803>

<https://www.versorgungskammer.de/Kapitalanlage#2576>

Einführung eines Peer Review Systems in der Qualitätskontrolle der substituierenden Ärzte

Der 84. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns (KVB) auf zu überprüfen, ob die Qualitätskontrollen der substituierenden Ärzte in Bayern auf ein Peer Review umgestellt werden können. Derzeit müssen regelmäßig, mit hohem bürokratischen Aufwand, Fragebögen ausgefüllt werden. Eine Qualitätsprüfung mittels eines Peer Review Systems würde das Wissen sowohl des Geprüften als auch des Prüfers verbessern. Ein Abbau der



Bürokratie und ein besseres Verständnis für diese spezielle ärztliche Tätigkeit könnte auch dazu führen, dass sich wieder mehr junge Kollegen entscheiden, die Substitution in ihren Praxen zu etablieren.

Ausrichtung des 135. Deutschen Ärztetages 2031 in Bayern

Das Präsidium der Bayerischen Landesärztekammer (BLÄK) möge sich dafür einsetzen, dass der 135. Deutsche Ärztetag 2031 in Bayern ausgerichtet wird.

Verschiedenes

Vorabquoten zum Medizinstudium evaluieren

Der 84. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention und nachgeordnet das Bayerische Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit auf, die in den vergangenen Jahren etablierten Vorabquoten bei der Zulassung zum Medizinstudium hinsichtlich des Studienverlaufs und -erfolgs sowie die Umsetzung der Quoten im Berufsleben zu evaluieren.

Impfen als alleinige ärztliche Aufgabe

Der Vorstand der Bayerischen Landesärztekammer wird vom 84. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag beauftragt, sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln über die Politik und Öffentlichkeitsarbeit dafür auszusprechen und einzusetzen, dass Schutzimpfungen allein im Bereich der ärztlichen Tätigkeit bleiben.

Beipackzettel weiterhin auch in Druckform

Der 84. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention (StMG) auf, bei der Vertretung des Freistaates Bayern in Brüssel sowie auf Bundesebene dahingehend Einfluss

zu nehmen, dass Beipackzettel auch weiterhin in Druckform für die Patientinnen und Patienten vorliegen.

Mikroplastik

Der 84. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag weist auf die Gefahren von Mikroplastik hin und fordert die Bundesregierung auf, sich für die Eindämmung der Verbreitung von Mikroplastik verstärkt einzusetzen.

Gesunde und nachhaltige Ernährung in Gesundheitseinrichtungen: Vom Kosten- faktor zur aktiven Gesundheitsförderung

Der 84. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert Klinik- und Kostenträger dazu auf, Chancen und Nutzen einer nachhaltigen und gesunden Ernährung in Gesundheitseinrichtungen endlich zur Kenntnis zu nehmen und die vorliegenden ernährungsmedizinischen Erkenntnisse auch umzusetzen. Neben der Schaffung eines entsprechenden Problembewusstseins sind daher entsprechende Mittel in diesen Bereich zu lenken.

Dispensierrecht für Arzneimittel für Ärztinnen/Ärzte im organisierten kassenärztlichen Notfalldienst/NAW- Dienst

Im Notfalldienst ergibt sich häufig die Möglichkeit einer ambulanten Behandlung mit oral verfügbaren Arzneimitteln. Diese sind gerade im ländlichen Gebiet oft nur schwierig den Betroffenen zu Verfügung zu stellen, da die Anfahrwege zu Dienstapotheken häufig sehr weit sind. Es sollte notfalldiensttuenden Ärztinnen/Ärzten, zum Beispiel im Rahmen ihrer Notfalldienstgruppen, ein Dispensierrecht für Arzneimittel eingeräumt werden. Ein Katalog der Notfallmedikamente könnte von den Dienstgruppen erarbeitet werden und im KV-Dienstfahrzeug vorrätig sein. Einzelheiten wären nach Schaffen der rechtlichen Voraussetzungen zu gestalten. Der Vorstand möge die Vorgehensweise prüfen und an die entsprechenden Dienststellen der Landesregierung weiterleiten.